

Judith MIGGELBRINK, Leipzig  
Marc REDEPENNING, Leipzig

### **Die Nation als Ganzes?**

Zur Funktion nationalstaatlicher Semantiken

#### **Summary**

This article deals with the mid-nineties “Standort Deutschland”-debate, which is considered to be a distinct semantic means for the reproduction of the nation-state and the nation as an imagined, but indispensable component. Departing from and setting off against the background of questions dealing predominantly with the organisational restructuring of the nation-state in the era of globalization, we argue that an exclusive emphasis on the decline of the nation-state underestimates its importance as a taken-for-granted object within everyday-life communication. To stress the role and function of space-related terms, such as “nation-state” within societal communication in a more abstract and theoretical manner, we introduce the term spatial scheme. We regard the function of spatial schemes as launching an appeal by which impulses of political steering can be smoothly articulated and addressed to a spatially integrated, but nevertheless (only) imagined national community. Spatial schemes, then, function as a “machine” to integrate people by addressing the individual as an indispensable part of the whole: the national community. These theoretical and loosely on systems-theory based arguments are finally applied to the so-called “Standort Deutschland”-debate by referring to a content analysis of the weekly newspaper “DIE ZEIT” between 1995 and 1999.

#### **Einführung**

Jüngere geistes- und sozialwissenschaftliche Debatten thematisieren wiederkehrend den Abschied des Nationalstaats (vgl. ALBROW 1999), der in der Position zwischen Globalisierung und Regionalisierung aufgerieben wird (vgl. AGNEW 1994, BLOTEVOGEL 1996). Der Bedeutungsverlust des Nationalstaats ist im Diskurs der *Entstaatlichung* (etwa als Privatisierung im Zentrum neoliberaler Politiken) ein auch massenmedial fraglos wiederholter Topos: „Anleger (bewegen) Milliarden von einer Börse zur nächsten, aus

Derivaten in Aktien, aus Aktien in Anleihen. Ländergrenzen spielen auch im globalen Kasino längst keine Rolle mehr. Die gewaltigen Kräfte, die da wirken, werden die Welt verändern wie nie zuvor: und die Konzerne treiben diesen Wandel immer schneller voran. Hilflos schauen die Nationalstaaten zu, nach und nach verlieren sie ihre Macht an die wahren „global players“ (Der Spiegel 39/1996, 80f.).

Ferner – und dies ist betont davon zu unterscheiden – werden die verbleibenden staatlichen Funktionen längst nicht mehr der nationalen Ebene allein zugeordnet. Sie werden *re-scaled*, d.h. auf andere (z.B. regionale, aber auch supranationale) Maßstabebenen transferiert (*Denationalisierung*) (vgl. JESSOP 1999a). Die Ende der 1990er Jahre mit wachsender Intensität und Emotionalität geführte Debatte um die europäische Währungsunion und die Einführung des Euro ist ein prominentes Beispiel für ein *re-scaling*: Nicht zuletzt ging es hierbei um Fragen der Kompetenzverlagerung von nationalstaatlich unterschiedlich organisierten Zentralbanken auf eine Europäische Zentralbank (vgl. z.B. NOÉ 1995a).

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich nun ab, dass eine das Alltagsleben wie auch die *wissenschaftliche Praxis* durchdringende, ja infiltrierende Kategorie wie der Nationalstaat nicht mehr mit der bisherigen Selbstverständlichkeit gehandhabt werden kann (vgl. AGNEW 1999). *Innerwissenschaftlich* mündet dies in einer umfassenden, zumeist pejorativen Kritik dessen, was man am besten als „praktizierten methodologischen Nationalismus“, d.h. am (unreflektierten) Denken von Gesellschaft als nationalstaatlich delimitiert (AGNEW 1994 spricht von der *territorial trap*), bezeichnen kann. Dennoch übersieht eine solch vorschnell geäußerte Kritik einen entscheidenden Aspekt und bereitet sich neue *obstacles épistémologiques*: Mit der nun einsetzenden konstruktivistischen Wende werden nämlich nicht nur die Kategorisierungen der wissenschaftlichen Praxis als letztlich arbiträre Konstruktionen entlarvt, vielmehr wird derselbe Entlarvungseifer auf jene Kategorien, Begriffe, Bilder und Repräsentationen angewandt, mit denen in *außerwissenschaftlichen Kontexten* soziale Wirklichkeit hergestellt wird. Implizit scheint man davon auszugehen, dass sowohl die Strategien der Entlarvung mittels akademischer Diskurse über das Obsolete werden von eingeschliffenen Kategorien bereits das Potenzial beinhalten, alltagsweltlich selbstverständliche Begriffe und Kategorien zu revidieren. Dabei wird gern übersehen, dass – selbst bei Anerkennung der „Konstruiertheit“ der Erzeugnisse der sozialen Welt – diese soziale Welt operativ nicht nur als eine „selbstverständliche“, sondern als eine „wirkliche“ und „essenzielle“ behandelt werden muss, die im und für den Alltag bestimmte Funktionen erfüllt. Entsprechend ist das Augenmerk auf die *Funktionalität* bspw. des Nationalstaats in der Alltagspraxis zu richten. Diese sehen wir in der Absorption und Kompensation von Unsicherheit (vgl. STICHWEH 2001, 52).

Wir werden dieses Argument am Beispiel der massenmedialen Reproduktion nationalstaatlicher Kategorien illustrieren, wie sie etwa im Verlauf der Standort Deutschland-Debatte in den Jahren 1995–1999 verfolgt werden kann. Der empirischen Auswertung, die die wesentlichen Elemente dieser Debatte rekonstruiert, ist eine ausführliche Diskussion theoretisch-konzeptioneller Grundlagen zur Erfassung sozialstruktureller wie semantischer Aspekte von Staat und Nation vorangestellt, die einen begrifflichen Rahmen für das Verständnis der empirischen Analyse legen. Hier wird dem Begriff des raumbezogenen Schemas besonderes Gewicht gegeben.

### **Funktionsverlust des Nationalstaats?**

Betrachtet man grob den feuilletonistischen Globalisierungsdiskurs seit den späten 1980er Jahren, so fällt ein sich wiederholendes Muster auf, das den Aufgang nationaler Ökonomien in globale konstatiert, darin den Ausgangspunkt für die Erosion des Nationalstaats sieht und ihn verabschiedet. Differenziertere Positionen hingegen beschreiben diese „Erosion“ des Nationalstaats als eine Transformation oder Reorganisation des keynesianischen Wohlfahrtsstaats nordatlantischer Tradition. Die Gründe für die notwendige Transformation werden darin gesehen, dass die herkömmlichen Staatsfunktionen nicht mehr effektiv ausgeübt werden können: Die private Produktion und Kapitalakkumulation sowie die Reproduktion der Arbeitskraft könne nicht mehr ausreichend stimuliert werden, die soziale Kohäsion (im Sinne Nicos Poulantzas) gilt als gefährdet (vgl. JOHNSTON 1995, 121f.). Dies führe schließlich zu veränderten staatlichen Praktiken, mit jeweils neuen Politikformen auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen – sowohl substaatlicher als auch suprastaatlicher Art. JESSOP (1999a) macht diese Reorganisationen an drei Punkten fest:

- einer Denationalisierung des Staats im Hinblick auf die Organisationsformen der Politik
- einer Entstaatlichung der Politik
- einer wachsenden Internationalisierung politischer Regime.

In anderer Terminologie haben systemtheoretische Ansätze ebenfalls darauf hingewiesen, dass ein Übergang von einem präzeptoralen (erzieherischen und aufklärenden) Staatsverständnis zu einem supervisorischen (koordinierenden und auf die Selbstkontrolle einzelner gesellschaftlicher Teillogiken abzielenden) Staatsverständnis festgestellt werden kann (vgl. WILLKE 1996, 300ff.; WILLKE 1997). Damit verbunden ist, dass politische Steuerungsabsichten und -intentionen nicht mehr direkt oktroyiert werden, sondern politische Steuerung als dezentrale Kontextsteuerung im Sinne einer freiwillig-integratorischen und moderierenden Steuerung zu verstehen ist (vgl. WILLKE 1996, 1997, 2001 sowie ähnlich GRETSCHMANN 2001).

Parallel zu diesen Befunden eines erodierenden, mindestens aber unter Restrukturierungsdruck geratenen (National-) Staates, die dessen aktuelle und zukünftige Interventions- und Steuerungsfähigkeit bezweifeln, heben andere Autoren jedoch hervor, dass *gerade* der Nationalstaat die aus den Erfahrungen der Globalisierung resultierenden Bedürfnisse befriedigen könne. So behaupten etwa WEIDENFELD und KORTE (1996, 496): „Je größer das Bedürfnis der Bürger nach Identität unter den Zwängen der Entfremdung und Fremdbestimmung ist, um so größer wird die potenzielle Macht der Nationalstaaten. Sie können diese Sehnsüchte kanalisieren“. Dies bedeutet, dass dem Nationalstaat neue Aufgaben zuwachsen, die nicht ausschließlich in den „harten“ Ordnungsfunktionen geschehen werden, sondern sich zusätzlich auf das Feld einer „weichen“ Identitätspolitik konzentrieren. Ziel ist dabei, neue Formen der Verunsicherung aufzufangen und zu steuern.

Damit sind zwei Pole fixiert zwischen denen die Thematik „die Nation als Ganzes“ aufgespannt werden kann: Zum einen der Widerspruch zwischen Entfremdung und Fremdbestimmung auf der einen Seite, die sich unschwer mit den Konsequenzen der globalisierten Weltgesellschaft in Verbindung bringen lassen, und dem Nationalstaat auf der anderen Seite, der als Ort des (scheinbaren) Nicht-Entfremdetseins und der Selbstbestimmung gedacht wird. In geographischen Termini wird diese erfahrungsweltliche Komponente mit dem Begriff des Ortes (*place*) – im Gegensatz zum abstrakten Raum (*space*) – umrissen. Zum anderen wird aber mit dem oben zitierten Zusatz „Sie können diese Sehnsüchte kanalisieren“ auf Steuerungsmöglichkeiten im Interesse des politischen Systems hingewiesen und mindestens angedeutet, dass es innerhalb eines Nationalstaats – als „regionalisiertem Ausschnitt“ der globalisierten Weltgesellschaft – Möglichkeiten und Kapazitäten eines bewussten taktischen und strategischen Einsatzes nationalstaatlicher (Denk-) Schemata gibt. Mit dem Hinweis auf diese Einsatzmöglichkeiten wird man dem komplexen Phänomen nationalstaatlichen Denkens allein aber nicht gerecht. Vielmehr ist zu berücksichtigen, dass das Schema des Nationalstaats und der Nation ebenso wie andere territoriale Bezugnahmen auch auf unbewusste, nicht-reflexive Weise verwendet werden können. Das ambivalente Verhältnis von nationalstaatlicher Fremd- und Selbstbestimmung, das durch den Globalisierungsdiskurs motiviert ist, ist auch für die Redefinition nicht nur von „Staatlichkeit“, sondern auch von „Nation“ virulent. Und diese (scheinbaren) Paradoxien bedeuten erstens, dass die Staaten sich weiterhin als Mediatoren eben dieses Prozesses politisch profilieren. Zweitens resultiert daraus die Aufrechterhaltung der nationalstaatlichen Semantik in den Alltagsdiskursen, was wir im Folgenden als sog. Banalen Nationalismus thematisieren werden (bspw. „Leitkultur-Diskussion“). Beide Ebenen reproduzieren die Nation als distinkte und essenzielle Einheit.

Die Debatte über den Nationalstaat ist daher genauso wenig obsolet geworden wie der Nationalstaat selbst als Einrichtung des politischen Systems obsolet geworden ist. Vielmehr wird wieder zunehmend artikuliert, dass die Nationalstaaten nicht *trotz*, sondern *durch* Internationalisierung und Globalisierung eine starke Position behalten werden und staatliche Funktionen ebenso wie identifikatorische Momente sich nicht umstandslos der Utopie des freien, alle sozialen Verhältnisse unmittelbar regulierenden Marktes unterordnen lassen (vgl. JESSOP 1999a; WILLKE 1996, 2001; SALLY 2000).

### **Sozialstrukturelle Erfordernisse und nationalstaatliche Semantik**

Für die bleibende, aber transformierte Bedeutung der Nationalstaaten werden mindestens drei Gründe angeführt: Erstens kommt dem Nationalstaat weiterhin eine Bedeutung als primäre Organisation zur Schaffung sozialer Integration und Kohäsion zu (JESSOP 1999a). Dazu kann man auch die Funktion des Nationalstaats in der sozialverträglichen Abarbeitung negativer Externalitäten als Folge der Operationen der gesellschaftlichen Funktionssysteme rechnen (WILLKE 2001, 40 spricht von der nationalstaatlichen Politik als Reparaturbetrieb). Zweitens kann man auch dem nationalen Politiksystem immanente Aspekte anführen, denn die Nationalstaaten als Adressen des politischen Systems haben – trotz der steigenden Bedeutung neuer Akteure und politischer Organisationsformen – weiterhin eine „politische Gestaltungsaufgabe nach außen“: Gerade für eine in ihren Selbstbeschreibungen in Nationen gegliederte Weltbevölkerung ist die segmentäre Differenzierung des politischen Systems in territorial delimitierte Staaten (also auch, aber nicht notwendigerweise Nationalstaaten) die einzige Möglichkeit, eine adäquate und Konsens ermöglichende politische Repräsentation herzustellen (vgl. LUHMANN 2000, 222f.; LUHMANN 1995, 118).<sup>1</sup> Und drittens wird in Bezug auf das Verhältnis von Politik und Ökonomie davon ausgegangen, dass die Wirtschaft von zuverlässigen und stabilen Regeln des Wettbewerbs, der Besteuerung, der Eigentumsgarantie, einer flexiblen Subventionierung usw. abhängig ist und dass diese Regeln nicht von ihr selbst formuliert, legitimiert und abgesichert werden können (vgl. WILLKE 1998; WILLKE 2001, 40 et passim). Insbesondere von JESSOP (1999b) ist dieses Argument weiter ausgebaut worden: Staat und Ökonomie werden offensichtlich (und erfolgreich) als territorial delimitierte Einheiten konstituiert, die sich auf der Bühne internationaler politischer und ökonomi-

<sup>1</sup> Daher dürfte es unmöglich sein, in einem Weltstaat – wohlgermerkt: solange eine an nationalen Kategorien orientierte Selbstbeschreibung vorherrschend ist – eine gerechte und konsensfähige Repräsentation auf Basis eines Mehrheiten/Minderheiten-Schemas zu finden: Denn wie sollte man das Verhältnis in der politischen Repräsentation zwischen Niederländern und Chinesen konsensfähig bestimmen?

scher Beziehungen bewegen: So wie der Nationalstaat als imaginierte politische Gemeinschaft konstituiert ist, ist die nationale Ökonomie nicht nur der Vollzug ökonomischer Handlungen, sondern auch ein Objekt symbolischer Regulation.

Offensichtlich ist es also schwierig zu entscheiden, inwiefern eine nationalstaatliche Semantik eine adäquate Kennzeichnung und Beschreibung sozialstruktureller Bedingungen liefert<sup>2</sup> oder ob sie diese gleichsam verdeckt, wie WILLKE vermutet: „Da die alten Erzählungen von territorialer Gesellschaftlichkeit und gesellschaftlich konstituierter Identität gewohnheitsmäßig weiterlaufen, könnte es ein überraschendes Aha-Erlebnis werden, plötzlich feststellen zu müssen, dass die Gesellschaft, von der die Rede ist, gar nicht mehr existiert ...“ (WILLKE 2001, 207). Eine weitere Möglichkeit besteht darin – wie man angesichts der angeführten Argumente vermuten kann –, dass Beschreibungen in territorialen Kategorien ihrerseits wiederum Steuerungspotenziale entfalten können, die die aktuellen sozialstrukturellen Bedingungen weiter transformieren. Auf der Ebene der *konkreten Äußerungen* lässt sich jedoch zunächst nur beobachten, dass Beschreibungen, die die Sozialstruktur als vielfältig globalisiert kennzeichnen, und die Selbstverständlichkeit, mit der nationalstaatliche Territorialisierungen zur Darstellung und Bewertung der Ökonomie herangezogen werden, offenbar deutlich auseinander klaffen (vgl. nur bspw. DIW, u.a. 2001 im sog. Frühjahrsgutachten). Hier wird offensichtlich, dass eine Differenz zwischen sozialstruktureller Wirklichkeit (Globalisierung, TNCs, etc.) und kommunikativer Repräsentationen in Form einer weiterhin nationsbezogenen Semantik besteht. Um dieses scheinbar paradoxe Auseinandertreten thematisieren zu können, muss sich die wissenschaftliche Aufmerksamkeit stärker auf Fragen der kommunikativen Konstitution von Nationalstaaten, aber auch von *nationalen* Ökonomien als distinkte Entitäten, konzentrieren (vgl. JESSOP 1999b). In den gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen, die zu jenem gesellschaftlichen Rahmen gehören, in den die Ökonomie eingebettet ist und den sie wiederum transformieren kann (vgl. JENSON 1995), nehmen die imaginierte *nationale* Gemeinschaft und die auf dasselbe Territorium bezugnehmende imaginierte *ökonomische* Gemeinschaft eine prominente Stellung ein.

Ein weiterer problematischer Punkt in wissenschaftlichen – auch in geographischen – Diskursen ist, dass Vorstellungen von einer imaginierten nationalen Gemeinschaft und einer imaginierten nationalen Ökonomie – und damit auch die konkrete Frage „Deutschland als Ganzes“ – immer noch überwiegend auf Politiker und deren wissenschaftliche Zuarbeiter bezogen

<sup>2</sup> Wobei natürlich zu klären wäre, wie diese Adäquanz bestimmt werden könnte; zumindest müsste berücksichtigt werden, in Bezug auf welchen Kontext (Politik, Wissenschaft, Religion ...) welche Beschreibungen als angemessen erscheinen können.

werden. Gegen diese Sicht, die sich in breiten Teilen einer politisch-geographischen Forschung noch immer hält und damit geographische oder geopolitische Repräsentationen primär sogenannten *Intellectuals of Statecraft* zurechnet (vgl. Ó TUATHAIL/AGNEW 1992), ist einzuwenden, dass diese Repräsentationen nicht allein der Politik vorbehalten sind und nicht allein als „Rhetorik der politischen Klassen“ betrachtet werden dürfen. Vielmehr werden sie öffentlich diskutiert, verbreitet, bestritten, revidiert und neu verbreitet – mit je unterschiedlichen, konfligierenden und divergierenden Aspekten. Dies führt uns zu der Überlegung, die Frage „Deutschland als Ganzes“ nicht nur als Kommunikation *innerhalb* des politischen Systems zu betrachten, sondern sie auch *außerhalb* des politischen Systems behandelt zu wissen.

### **Zur Funktion nationalstaatlicher Semantiken als Moment eines „Banaler Nationalismus“**

Die Appelle und die permanente Erinnerung an die Nation und an eine nationale Identität bleiben weithin sichtbares Zeichen, dessen Reproduktion sich neben visuell wahrnehmbaren Zeichen, wie beispielsweise täglich gehissten, aber dezent im Hintergrund verbleibenden Flaggen, verstärkt auf einer textlichen und daher mit Semantiken überladenen Ebene vollzieht. Diese Formen des Nationalismus werden in neueren soziologischen und geographischen Arbeiten als *Banaler Nationalismus* beschrieben und sind eine Kompensationssemantik auf die durch funktionale Differenzierung oder die Globalisierung der Gesellschaft zunehmende Unsicherheit (vgl. BILLIG 1995; DODDS 2000; PAASI 1998, 1999).

Forschungen über das Phänomen Banaler Nationalismus unterscheiden sich von herkömmlichen Nationalismusforschungen durch neue und eher die Reproduktion der Nation im Alltag hervorhebende Perspektiven. Zu beachten ist, dass mit dem Begriff lediglich auf Innovationen bei der wissenschaftlichen Erforschung von Nationalismus hingewiesen wird, keineswegs soll behauptet werden, dass das Phänomen, das mit dem *Begriff* Banaler Nationalismus umschrieben wird, neu ist oder andere Formen des Nationalismus, wie sie herkömmlicher Weise erforscht werden, verschwunden seien. Ferner soll mit der Bezeichnung Banaler Nationalismus weder die ~~Harmlosigkeit dieser Form des Nationalismus suggeriert werden~~ noch soll

– in Bezug auf das Adjektiv „banal“ – auf Konnotationen wie „dumpf“ in Verbindung mit einem pejorativen „minderwertig“ abgestellt werden. Vielmehr geht es um ein Phänomen, das sich auf alltägliche, routinierte und vertraute Formen bezieht, in denen sublimale und habitualisierte Erinnerungen (sogenannte *reminders*) an die Nation eingewoben sind (vgl. BILLIG 1995, 7, 40–46). Man mag den Unterschied eines *heißen* im Kontrast zum

## Nationalismusforschung

| <i>herkömmliche Nationalismusforschung</i>   | <i>Forschung über Banalen Nationalismus</i>  |
|--|--|
| <b>Nationalismus als ...</b>   | <b>Nationalismus als ...</b>   |
| beginnender Prozess, temporäres Phänomen mit Abschluss (des Phänomens Nationalismus) in der Schaffung eines Nationalstaats | alltägliche, routinierte Reproduktion durch Erinnerung und Verwebung der Nation mit dem alltäglichen Leben ( <i>reminding</i> ) und weit über eine nationale Rhetorik in Krisenzeiten hinausgehend |
| Phänomen der Peripherie eines Territoriums mit geringer Ausdehnung   | etablierte staatliche oder substaatliche Einheit, also Teil eines sich selbst als „Zentrum“ definierenden Staats   |
| Motiv der Mobilisierung von Akteuren: Separatisten, Faschisten, Guerilla, Eliten   | strukturierendes Moment in der Handlungspraxis von Akteuren: Entscheidungsträger in etablierten Nationen   |
| Abgrenzung durch grobe Stereotypisierungen des Anderen zur Identitätsfindung   | intensive und bewusste Nutzung der Massenmedien zur Herstellung einer <i>imagined community</i> <sup>3</sup>   |

Abb. 1: Banaler Nationalismus als neue Perspektive der Nationalismusforschung (eigener Entwurf nach BILLIG 1995)

*Banalen* Nationalismus anhand der Differenz von einer nur temporär geschwenkten Flagge zur permanenten, aber im Hintergrund verbleibenden, geheissenen Flagge verdeutlichen (vgl. BILLIG 1995, 39ff.). Neben diesen, den Alltag durchziehenden Erinnerungen an nationale Symbolik in Form von Nationalflaggen, ist es gerade eine räumlich codierte Sprache, die diese Erinnerungen an die Nation, die Beschwörung und den Appell an eine nationale Identität verbreitet. Der selbstverständliche Sprachgebrauch einer raumbezogenen Benennung kann auf zahlreiche Formen der Essentialisierung zurückgreifen, die sich allein schon daraus ergeben, dass gerade soziale Gehalte und Ideen durch eine Projektion auf räumliche Artefakte schnell zu einer unverrückbaren Ontologie festgezurr werden (vgl. HARD 1999). Diese ganz besondere Raum-Gesellschaft-Kombinatorik als Kennzeichen des Nationalismus verräumlicht schlicht ein soziales Phänomen zu einer territorial definierten Gemeinschaft oder Gesellschaft (WERLEN 1997b, 286f.).<sup>3</sup> Genau diese verkürzende und simplifizierende Vorgehensweise ermöglicht

<sup>3</sup> Ein ganz analoges Funktionsprinzip findet man bei der Erfindung von Traditionen, die sich allein dadurch legitimieren, dass Werte, Kleidungen oder auch feststehende Mentalitäten so weit in die Vergangenheit zurückprojiziert werden, dass ihr variabler und wandelbarer Charakter vor der assoziierten Dauerhaftigkeit und Unverrückbarkeit in den Hintergrund tritt und verschwindet (HOBSBAWM/RANGER 1993).

es nun, die Nation allein durch einen Verweis auf ihre territoriale Delimitation *adressierbar* zu machen. Ein bestimmtes Territorium fungiert als eindeutige (hier im Sinne von territorial abgegrenzt) und damit auch kartographisch leicht darstellbare politische Adresse. Durch diese feste Kopplung von Territorium und Nation müssen semantische Appelle an territorial delimitierte Staaten als Forderungen an die einzelnen Entscheidungsorganisationen des politischen Systems decodiert werden (vgl. LUHMANN 1995, 117).

### **Die Reproduktion des Nationalstaats und die Rolle massenmedialer Kommunikation**

Vor diesem Hintergrund konzentrieren sich unsere Beobachtungen im Folgenden weniger auf Fragen sozialstruktureller Veränderungen, sondern auf den Gebrauch des sprachlichen Symbols „Standort Deutschland“, anhand dessen wir die theoretisch eingeführten Überlegungen zu gesellschaftlichen Selbstbeschreibung empirisch illustrieren werden. Gerade weil wir sprachliche Symbole und speziell raumbezogene Semantiken (MIGGELBRINK 2002; REDEPENNING 2004) als Elemente der „Weltbildkonstitution“ auffassen und Bedeutungen praxisbezogen sind (vgl. WERLEN 1997a, 401 ff.), müssen jene gesellschaftlichen Instanzen mitreflektiert werden, die durch den Gebrauch der Symbole Wirklichkeitsvorstellungen und Wissensvorräte strukturieren. Für eine sich selbst als Informations- oder Wissensgesellschaft (vgl. WILLKE 2001, 25 ff.) beschreibende Gesellschaft muss besonders deutlich die Frage gestellt werden, woher sie ihre Informationen und ihr Wissen bezieht (vgl. auch CASTELLS 2000). Eine Antwort darauf dürfte unter heutigen Bedingungen nicht schwer fallen, zumal sich bereits ein System herausgebildet hat, das sich auf die gesellschaftliche Funktion der Informationsbeschaffung und -verarbeitung spezialisiert hat: die Massenmedien. Aus den Massenmedien als jene Einrichtungen, die sich zur Verbreitung von Kommunikationen technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen und sich an einen unbestimmten Adressatenkreis wenden, bezieht die Gesellschaft ihr Wissen über sich und ihre Umwelt (vgl. LUHMANN 1996, 9f.; WARK 1994).

Dies berechtigt dazu, die Massenmedien als zentrale Instanz der Erzeugung der gesellschaftlichen Realität zu sehen, indem sie Hintergrundwissen bereitstellen und fortschreiben, von dem dann in der Kommunikation ausgegangen und das thematisiert werden kann (LUHMANN 1996, 164, 121 f.). Vor dem Hintergrund eines radikal-konstruktivistischen und auf den Beobachtungsbegriff bezogenen Verständnisses wird an diesem Punkt auch die klassische Frage nach den Verzerrungen der gesellschaftlichen Realität durch die Massenmedien verkompliziert: Wenn Realität durch kommunika-

tive Operationen erzeugt wird und nur in und durch diese existiert, muss die Hoffnung aufgegeben werden, eine vorgeblich verzerrte Realität durch das Abgleichen mit der wahren Realität entlarven zu können – letztere ist als solche schlichtweg nicht vorhanden (vgl. LUHMANN 1997, 36f.; LUHMANN<sup>3</sup>1998, 68ff.; LUHMANN<sup>2</sup>1993). Was dann übrig bleibt ist der Abgleich der durch unterschiedliche Beobachtungen hervorgebrachten Realitäten. Gewonnen wird mit dieser Fokussierung die Möglichkeit, die Beobachtungen, mittels derer Realität geschaffen wurde, auf die je gewählten Unterscheidungen hin zu untersuchen (und erst dann die Massenmedien für ihre Selektivität zu kritisieren).

Die fortschreitende Vergrößerung massenmedialer Angebote durch politische Deregulierungen seit Mitte der 1980er Jahre, etwa in Deutschland durch Einführung des dualen Systems aus kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Fernsehangeboten (SPANGENBERG 1996, 275), sowie neue technologische Entwicklungen (wie dem Internet) haben dazu beigetragen, gerade auch für die Massenmedien den oben bereits erwähnten Wandel von ehemals nationalen zur mehr und mehr globalen Orientierungen vor allem im Bereich der thematischen Vielfalt zu konstatieren (vgl. POSTMAN 1985). Die Konsequenz besteht schließlich in der räumlichen Ausdehnung audiovisueller Räume und der Schaffung einer im Allgemeinen global arbeitenden und 24 Stunden am Tag funktionierenden massenmedialen Welt (vgl. ROBINS 1995; PAASI 1989; POSTMAN 1985). Was also eng mit der Ausbreitung der Massenmedien verbunden ist, ist die „Implosion“ der Welt“ in dem Sinne, „daß die kommunizierten Erfahrungen von distanzierten Ereignissen an einem Ort zusammenfinden, an einem Ort auf mediatisierte Weise erfahrbar werden können“ (WERLEN 1997a, 397). Entgegen dieser, das Alltagsleben in hohem Maße prägenden Bedeutung der Massenmedien – und wir sehen diese als die zentrale Instanz der Erzeugung einer allgemein bekannten Realität – bleibt der Einbau massenmedialer Theorien in die wissenschaftliche Geographie bisher zögerlich, trotz der Einsicht, dass die alltäglichen Geographien nicht mehr auf einzelne *place-bounded geographies of experience* zurückgeführt werden können, sondern als Durchdrungen von zahlreichen massenmedial erzeugten *virtual geographies* zu erkennen sind.

Gegenüber oder besser: gleichzeitig zu diesen, stark globale Perspektiven ausbildenden gesellschaftlichen Entwicklungen, muss festgehalten werden, dass räumliche Beschreibungsformeln, die die Nation in den Mittelpunkt stellen, keineswegs von der Agenda verschwunden sind (vgl. BILLIG 1995, 8). Gerade innerhalb der Massenmedien kann das komplexe und verwobene Verhältnis einer sich auf operativer Ebene abzeichnenden globalisierten Logik (vgl. WILLKE 1998; LUHMANN 1996) und zugleich einer verstärkt auf semantischer Ebene angesiedelten relativ maßstabsunabhängigen Regionali-

sierung<sup>4</sup> und Betonung räumlicher Abgrenzungen mit hohem emotionalen Bezug studiert werden (vgl. ROBINS 1995, 259ff.). Damit erlangt die Frage der Nation als gefühlte und imaginierte, aber eben auch im Alltag reproduzierte Verbundenheit gerade mit verstärkter Globalisierung und Denationalisierung der Politik eine erhöhte Prominenz, die aber mehr und mehr auf einer semantischen Ebene als kompensatorische und auf Inklusion ausgerichtete Formel zu verstehen ist (vgl. GEULEN 1998, 349; LUHMANN 1997, 1045ff.; LUHMANN 2000, 210ff.). Wie die konkrete inhaltliche Füllung des Begriffs der Nation dann letztlich bestimmt ist, um aus einer anonymen Massengesellschaft (vgl. GELLNER 1993) eine nationale und solidarische Gemeinschaft zu machen, soll uns an dieser Stelle noch nicht interessieren. Festzuhalten bleibt jedoch die Rolle der Massenmedien als das entscheidende Vehikel, eine Gemeinschaft genau dann als imaginierte zu konstituieren, wenn diese Gemeinschaft eine bestimmte Größe überschritten hat und persönliche Kontakte nicht mehr als Definitionskriterium jener ausreichen (vgl. ANDERSON 1998, 14). Mit dieser Situation ist verbunden, dass räumliche Nähe nicht mehr vorrangig über Interaktion definiert werden kann, sondern über kommunikative Beschreibungen als Semantik quasi substitutiv verwendet werden muss. Wenn wir die Massenmedien als wesentliche Instanz der Erzeugung gesellschaftlicher Selbst- und Weltbeschreibungen benennen und ihre Funktion in der Repräsentation der Öffentlichkeit sehen, dann müssen wir sie folglich als diejenigen Einrichtungen verstehen, in denen nationale Identität für das alltägliche Leben auf- und verbreitet wird (siehe hierzu als frühe geographische Arbeit PAASI 1989). Dies wird im Folgenden expliziert in Form der Bereitstellung eines begrifflichen Werkzeugs.

### **Das raumbezogene Schema**

Greift man vor dem Hintergrund einer massenmedialen Konstitution und Zirkulation von Repräsentationen den Gedanken einer verkürzenden und simplifizierenden Projektion der Nation auf eine territoriale Form auf und stellt weiter den Aspekt der Dualität von Erinnern und Vergessen für die Bildung eines Gedächtnisses in Rechnung<sup>5</sup> (LUHMANN 1997, 576ff.), so nähert man sich dem Begriff des Schemas<sup>6</sup>. Schemata ermöglichen es dem

<sup>4</sup> Regionalisierung meint hier im Sinne WERLENS die Praxis der Konstitution von Räumen, unabhängig von einer maßstäblichen Festlegung, wie etwa im herkömmlichen und klassisch-geographischen Sinne von „subnationalen Einheiten“.

<sup>5</sup> Genau dieser Aspekt von Erinnern und Vergessen ist auch in bezug auf die Thematik Nation von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, wie von RENAN (1882) und ANDERSON (1998) betont wird.

<sup>6</sup> Der Begriff stammt aus der kognitiven Psychologie; wir übernehmen ihn hier in Anlehnung

Gedächtnis, zahlreiche Operationen zu vergessen und dennoch zugleich einige Sachverhalte in vereinfachter Form zu behalten und regelhaft – eben schematisiert – wieder zu verwenden<sup>7</sup>. Damit bieten sie einen Spielraum für konkrete inhaltliche Ausfüllungen, die dann z.B. in den Massenmedien in Form von Meinungen, Kommentaren und Berichten auf Personen zugerechnet werden, deren Intentionen wiederum aus den veröffentlichten Texten herauszulesen sind (vgl. LUHMANN 1996, 193; LUHMANN 2000, 157f.)<sup>8</sup>. Unsere Argumentation will in Anlehnung an den Begriff des Schemas zeigen, dass die Eindeutigkeit der begrifflichen Fassung einer raumbezogenen Semantik oder sprachlicher Ausdrücke, die auf räumlich klar abgegrenzte Einheiten oder verortete soziale Phänomene<sup>9</sup> Bezug nehmen, gerade eine Vieldeutigkeit der Motive und Interessen erlaubt. Wir präzisieren diese Überlegungen und benutzen dazu den Begriff des raumbezogenen Schemas, um ein Werkzeug zu haben, mit dem die Thematik Staat und Nation bearbeitet werden kann.

Unter einem raumbezogenen Schema (als besonderen Fall eines Schemas) verstehen wir a) die kommunikative Verwendung eines textlichen oder bildlichen Ausdrucks oder Zeichens, die eine im Alltag verständliche und maßstabsunabhängige Ortsreferenz herstellt und b) eine erinnerbare Einheit. Damit bezeichnet der Begriff raumbezogenes Schema lediglich eine inhaltsleere Hülle, die einer weitergehenden inhaltlichen und damit sinnkonstituierenden Füllung offen steht. Auf dieser nächsten Ebene entstehen diverse, polysemantische, nach Interessen divergierende Füllungen des Schemas, die Wertungen, Kausalattributionen und Handlungsaufforderungen mit Appellativcharakter einschließen können. Zugleich enthält jede einzelne Füllung des Schemas ein hohes Maß an reduzierter Komplexität, es wirkt simplifizierend, was es im gleichen Schritt zu kommunikativer Weiterverwendung prädestiniert.

an die Ausarbeitung durch Niklas LUHMANN.

<sup>7</sup> Der Bezug auf Massenmedien als ein Ort der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion von Schemata macht es ferner möglich, den Begriff auch in Zusammenhang mit sozialer Koordination zu benutzen (vgl. LUHMANN 1996, 190ff.; LUHMANN 1997, 110ff.; LUHMANN 2000, 298ff.). Siehe hierzu auch die o.g. *agenda setting*- oder *agenda building*-Funktion der Massenmedien. Im Übrigen befindet man sich in der Nähe des Klüterschen Modell der Raumabstraktionen, jedoch in einer Form, die stärker auf Flexibilität, Fluktuation und temporär eng begrenzter Gültigkeit ausgerichtet ist.

<sup>8</sup> Für diese besondere zeitliche und so potenziell: kausale Ausrichtung eines Schemas steht auch der Begriff des *Skripts* zur Verfügung.

<sup>9</sup> Wie wenig diese Raumontologien wissenschaftlich haltbar sind, ist Thema der Arbeiten von Benno WERLEN. Dennoch muss weiterhin zur Kenntnis genommen werden, dass gerade diese Projektion von Sozialem auf Räumlich-Materielles im Alltag besonders gut funktioniert. Nur diese Frage soll uns hier interessieren.

Wir nehmen ferner an, dass - gerade unter Annahme eines an raumbezogene Schemata gebundenen Appellativcharakters und in Verbindung mit territorialen Grenzen - mittels raumbezogener Schemata politische Steuerungsimpulse gegeben werden können. Aufgrund der dazu notwendigen kommunikativen Reichweite sehen wir die Massenmedien als entscheidenden Ort der Produktion raumbezogener Schemata und ihrer Füllung an.

### **Konkretes: Das raumbezogene Schema „Standort Deutschland“**

„Keine Debatte“ – so stellt Wilfried HERZ (1995) in einem Artikel fest – „wird mit derart propagandistisch simplifizierten Schlagwörtern geführt wie die über den Standort Deutschland“. Das sei, so heißt es weiter, ein „gefährliches Unterfangen. ... (D)enn wer Standorte vergleicht, vergleicht in Wahrheit ganze Volkswirtschaften – und da geht es nicht nur um die Höhe der Löhne, um Arbeits- und Maschinenlaufzeiten, um Steuern und Genehmigungsfristen“. Was dann aufgelistet wird, kommt einer additiven Erweiterung dieses Katalogs gleich: Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, die Qualifikation der Erwerbstätigen, die Qualität des Managements, die Politik von Regierungen und Notenbanken „bis hin zu den gesamten sozialen Aspekten“. Dieser bereits umfangreiche Katalog ließe sich sicherlich noch nahezu beliebig fortsetzen und genau darin liegt das unausgesprochene Grundmuster der Debatte: Offensichtlich liegt die primäre Funktion der Verwendung der Worthülse vom Standort Deutschland nicht in einer Begrenzung, Fokussierung oder Konzentration der Diskussion, sondern – im Gegenteil – in der Möglichkeit ihrer beliebigen Aufweitung. Man könnte annehmen, dass die Verwendung der Floskel vom Standort Deutschland „sinnentleert“ ist und sie *daher* beliebige Zuschreibungen quasi wie ein Container „aufnehmen“ kann. Das aber ist – so unsere These – eine verkürzende Interpretation. Im Folgenden werden wir anhand des empirischen Materials zwei unterschiedliche Arten von Sinnbezügen rekonstruieren. Die eine wird diskussionsimmanent sein und jene Problematisierungen herausarbeiten, die in der Standort-Debatte von den Autoren der Zeit dargestellt wurden. Die Ambivalenzen der (zeitlich) konkreten Ausformungen führen zum zweiten Sinnbezug, der in der inkludierenden Funktion des Raumbezugs gesehen wird. Erst aus dem Zusammenspiel beider Sinnbezüge ergibt sich dann der „aktuelle Sinn“ der Debatte.

Es sind gerade die Massenmedien, aus denen wir wissen, dass die Debatte um den „Standort Deutschland“ bei den Bundesbürgern „auf der Liste der Zukunftsfragen ganz oben“ steht (SCHAUB 1998). Hierbei fasste DIE ZEIT eine Studie der Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung (POLIS) unter dem Titel „Politische Meinungsbildung in Deutschland – Wandel und

Kontinuität der öffentlichen Meinung in Ost und West“ zusammen<sup>10</sup>. Neben dieser Frage nach der Bedeutung des „Standorts Deutschland“ im alltäglichen Leben der Befragten, zeigte die Umfrage, dass mit dem Begriff „Standort Deutschland“ keineswegs klare und eindeutige Zuschreibungen verbunden sind. Konsens herrschte unter den Befragten lediglich darin, dass mit der „Standort Deutschland“-Debatte diverse Krisenszenarien assoziiert wurden. Aber weder im Hinblick auf die Inhalte, die mit dem Begriff verbunden sind, noch im Hinblick auf die Ursachen, die für Standortmisere verantwortlich sind, herrschte Übereinstimmung. Entgegen der begrifflichen Eindeutigkeit und der übereinstimmenden Verknüpfung des Begriffs mit krisenartigen Szenarien herrschte eine Ambiguität und auch Unsicherheit der Bedeutungen des Begriffs (als semantische Ebene) wie auch der Adäquanz und Erfolgswahrscheinlichkeit der politischen Lösungsstrategien (als sozialstrukturelle Ebene) vor.

In Umkehr der Perspektive, die nicht mehr auf die Rezeption des raumbezogenen Schemas abstellt (wie in der POLIS-Umfrage), wollen wir die Produktion und Reproduktion des Schemas durch die Massenmedien analysieren. Hierzu haben wir eine Textanalyse von insgesamt 220 Berichten, Interviews und Kommentaren aus der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ zwischen 1995 und 1999 zum raumbezogenen Schema „Standort Deutschland“ durchgeführt, um die inhaltlichen Füllungen des Schemas auf ihre Wandelbarkeit oder Persistenz zu überprüfen. Es wurden alle Artikel in die Auswertung einbezogen, in denen die Proposition „Standort Deutschland“ verwendet wurde. Die Beschränkung auf eine Zeitung sollte gewährleisten, dass die Analyse nicht durch eine Vermischung diverser massenmedialer Programmatiken, Profile und Selektionskriterien, nach denen Informationen ausgewählt werden, in ihren Aussagen eingeschränkt wird und zumindest für ein Massenmedium Aussagekraft erreicht.

Auch ein raumbezogenes Schema hat Konjunktoren. So sind die 220 Artikel, in denen das raumbezogene Schema „Standort Deutschland“ angesprochen wird, in ihrer Häufigkeit unimodal-glockenförmig verteilt (siehe Abbildung 2).

Für den von uns untersuchten Zeitraum lässt sich feststellen, dass in den Jahren 1996 (mit 69 Nennungen) und 1997 (mit 62) die Debatte um den „Standort Deutschland“ in der Wochenzeitung DIE ZEIT die größte Resonanz findet. Dagegen sind die Jahre 1995 und 1998 mit 37 bzw. 40 Nennungen schon von wesentlich geringerer (quantitativer) Bedeutung und das Jahr

<sup>10</sup> Damit wird letztlich nur bestätigt, dass die Massenmedien gerade im Hinblick auf ihren zwar unbestimmten, aber allgemein adressierten Leserkreis wesentliche Einrichtung der Dissemination von Informationen sind.

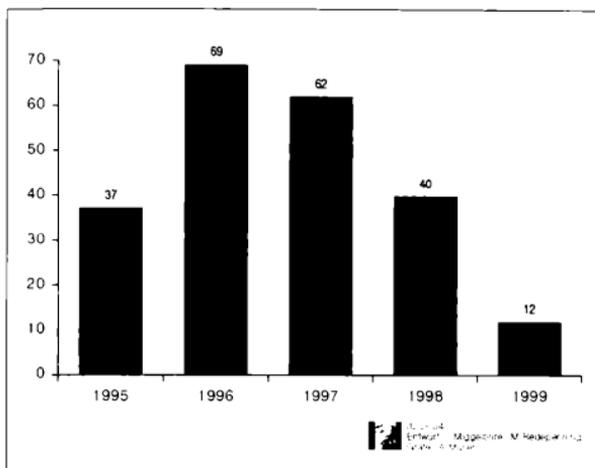


Abb. 2: Anzahl der Beiträge mit Bezug auf "Standort Deutschland" in DIE ZEIT 1995 - 1999

1999 läutet endgültig mit 12 Nennungen ein Ende der Standort-Debatte ein<sup>11</sup>.

Große Differenzen ergeben sich, wenn man die Bezugnahmen des Schemas auf politische Ereignisse vergleicht. So stand die Verwendung des raumbezogenen Schemas 1995 und 1996 ganz im Lichte der Frage der eingeschränkten Wett-

bewerbsfähigkeit durch Lohnnebenkosten. Entsprechend der mit dem Begriff assoziierten Krisenszenarien wurden die Schwächen des „Standort Deutschland“ in zahlreichen Beiträgen in der überbordenden Kostenintensität, aber auch der mangelnden Flexibilität gesehen. Die Argumentationslinie der Kostenproblematik findet sich verstärkt bei Artikeln von oder Interviews mit Arbeitgebern (z.B. der Vorstandsvorsitzende von Daimler-Benz, SCHREMPF) oder bei Vertretern der Arbeitgeber (der spätere Arbeitgeberpräsident HUNDT) (vgl. DANIELS/MARTENS 1995; BLÜTHMANN/MARTENS 1995). Die Kritik der allgemein mangelnden Flexibilität wird in zahlreichen Artikeln für weite Bereiche der Gesellschaft konstatiert und sowohl auf Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, auf staatliche Bürokratie oder Tarifverträge sowie auf die mangelnde Innovationsbereitschaft einzelner Unternehmen bezogen (vgl. WERNICKE 1996; EPELMANN 1996; PIPER 1996; MARTENS 1996; o.N. 1996; BUHL 1995; NOÉ 1995b; HOFFMANN 1995; HOFMANN 1995; PIPER 1995). Dagegen stellten zahlreiche weitere Berichte zu dieser Problematik die Bedeutung der sozialen Sicherungssysteme und des sozialen Friedens gerade als Stärke des Standortes Deutschland heraus – so beispielsweise in einem Interview mit dem damaligen Verhandlungsführer der IG Metall, Walter RIESTER, (DANIELS/MARTENS 1995) –, die aber durch Kürzungen bei Sozialleistungen gefährdet seien (KURBJUWEIT 1996; GRÜNER 1996; MARTENS 1996; LEIBFRIED/RIEGER 1996). Bereits hier zeigt sich,

<sup>11</sup> Auf die heute festzustellende Renaissance der Thematik wird hier nicht eingegangen, allerdings verläuft sie inhaltlich offensichtlich ähnlich zu den hier vorgestellten Ergebnissen.

wie heterogen allein eine inhaltliche Analyse der Problematik „Standort Deutschland“ ausfällt. Gänzlich unüberschaubar werden die Füllungen des raumbezogenen Schemas, wenn die über sie transportierten Vorschläge, die an das politische System zur Minderung oder gar Behebung der Standortkrise gerichtet werden, einer Analyse unterzogen werden. Allein eine zeitliche Einschränkung auf den Zeitraum bis Oktober 1996 und eine inhaltliche Einengung auf Vorschläge zum Themenkomplex Kostensenkung (danach flacht die Debatte um Kostensenkungen trotz kurzer und heftiger Nachwehen ab, da die Bundesregierung bis zum 01.10.1996 ein Sozialpaket auf den Weg brachte, das Kürzungen bei der Sozialhilfe in Fällen der mehrmaligen Ablehnung zumutbarer Arbeit erlaubt und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall neu regelte), zeigt einen überaus kontingenten Charakter der unterbreiteten Vorschläge:

- 1) Verstärkte innerbetriebliche Abstimmung und Kommunikation, da dies kostensparend wirken könne (BLÜTHIMANN/MARTENS 1995)
- 2) Die Einführung einer Ökosteuer könne Impulse zum Energiesparen in Betrieben und Haushalten bieten und gleichzeitig die Senkung der Lohnnebenkosten ermöglichen, da über die Ökosteuer sachfremde Leistungen in den Sozialversicherungen substituiert werden sollen. Zudem wird sich von der Ökosteuer ein Schub in Richtung ökologische Nachhaltigkeit versprochen sowie Anreize zur Entwicklung energiesparender Maschinen und Geräte (GROSCURTH/HOHMEYER/RENNINGS 1995; SIMONIS 1995)
- 3) Förderung innovativer Umwelttechniken, um mittel- bis langfristige neue Spielräume für Unternehmensgewinne zu schaffen (SHM 1996)
- 4) Verstärkte Berücksichtigung und Nutzung der Vermögenssteuer, um gleichzeitig eine Einkommenssteuersenkung und Spielraum für Einsparungen im Bereich der Lohnzahlungen durch Arbeitgeber zu ermöglichen (GRÜNER 1996)
- 5) Flexibilisierung durch Regionalisierung („hausgemachte Lösungen“) der Tarifpolitik (CREUTZBURG/FISCHERMANN 1996; MARTENS 1996).

Demgegenüber nehmen in den Jahren 1997, 1998 und 1999 Themen wie Sozialversicherung und vor allem der Bildungs- und Informationsbereich an Bedeutung zu. Letzterer lief zwar schon im Hintergrund zu den Debatten um den „Standort Deutschland“ 1995 und 1996 in ambivalenten und z.T. widersprüchlichen Bewertungen mit (SCHNABEL 1995; FRITZ-VANNAHME 1995; PINZLER 1995), avancierte aber erst 1997 in Zusammenhang mit dem von Roman HERZOG in seiner „Aufbruch“-Rede beklagten gesellschaftlichen Stillstand in den Vordergrund. HERZOG thematisierte in seiner Rede eine Reihe von Punkten um die Bereiche Stillstand und Flexibilität und forderte, dass durch Deutschland „ein Ruck gehen muß“ (HERZOG 1997).<sup>12</sup> Zu beach

<sup>12</sup> In dieser als „Adlon-“, „Ruck-“ oder „Aufbruch-“ titulierten Rede unter dem Titel „Auf-

ten ist ferner, dass mit dem Regierungswechsel 1998 und den – wie auch immer erfüllten – Ankündigung zahlreicher Reformen des politischen Systems ein Abflauen der „Standort Deutschland“-Debatte zu beobachten ist. Nimmt man ferner hinzu, dass mit dem am 08.06.1999 veröffentlichten sog. SCHRÖDER/BLAIR-Papier<sup>13</sup> zahlreiche Reformvorschläge für weite gesellschaftliche Bereiche in Richtung auf eine neue Gewichtung und Integration von Wettbewerbsfähigkeit und Sozialstaatlichkeit gemacht worden sind, kann vermutet werden, dass die Funktion des raumbezogenen Schemas (Irritation der Politik durch Politikvorschläge, Appellcharakter) allein dadurch erfüllt worden ist, dass in der Politik – und wiederum gilt: auf semantischer Ebene mittels zahlreicher Absichtserklärungen und Programmatiken – eine Reaktion in Form der Zunahme der Reformwilligkeit festgestellt werden konnte. Das heißt nichts weiter, als dass offensichtlich mit semantischen Absichtserklärungen und der Errichtung einer sich selbst als Konsensdemokratie beschreibenden Ordnung (man beachte die von Bundeskanzler SCHRÖDER, also seitens der Politik, initiierte Wiederaufnahme des Bündnisses für Arbeit im Oktober 1998) die wesentliche Grundlage der Wirksamkeit des raumbezogenen Schemas „Standort Deutschland“ erodiert ist.

Das raumbezogene Schema „Standort Deutschland“ wird überproportional häufig als Einstiegsformel in Berichte und Kommentare verwendet und hat damit sowohl initiiierenden wie appellativen Charakter: Es appelliert an die allgemeine Betroffenheit aller Leser, indem es sie als partizipierend an der im Schema angesprochenen nationalen Gemeinschaft konzipiert. Zugleich signalisiert es die Notwendigkeit eines (steuernden) politischen Handelns, das Fortschritt sichern soll. Dies wird eindeutig dadurch verstärkt, dass der „Standort Deutschland“ in fast 75% aller Nennungen durch einen Bezug auf krisenhafte Situationen negativ konnotiert ist. Betrachtet man die „inhaltlichen Füllungen“, so fallen zahlreiche, äußerst heterogene Konnotationen wie steuerliche Reformbedürftigkeit, zu hohe Lohnnebenkosten, allgemein mangelnde Flexibilität, aber auch privatwirtschaftliches Missmanagement als Erklärungen der standörtlichen Misere auf. Im Hinblick auf die massenmediale Kommunikation übernimmt das raumbezogene Schema

bruch ins 21. Jahrhundert“ sprach HERZOG u.a. vom „Durchwursteln“ in Deutschland, der „deutschen Regulierungswut“, von „Umsetzungsproblemen“ und rief zu mehr Flexibilität, zu einer „lernenden Gesellschaft“, zu „lebenslangem Lernen“ auf, und folgerte: „Bildung muß das Megathema unserer Gesellschaft werden“. Siehe die Rede unter [http://www.bundespraesident.de/dokumente/Rede/ix\\_15154.htm](http://www.bundespraesident.de/dokumente/Rede/ix_15154.htm) [06.07.2004].

<sup>13</sup> Das Papier wurde von Bundeskanzler Gerhard SCHRÖDER und Premier Tony BLAIR als Anstoß zur Modernisierung am 8. Juni 1999 in London präsentiert und versucht eine Re-Definition der Begriffe „links“ und „ideologisch“; insofern ist es gleichermaßen der Versuch einer auf Europa bezogenen Neubestimmung sozialdemokratischer Politik als auch eine Abrechnung mit ihren jeweils nationalen Ausprägungsformen (SCHRÖDER/BLAIR 1999).

„Standort Deutschland“ die Funktion, Selektor zu sein und Informationen unter Bezug auf (gefühlte) räumliche Nähe zu codieren<sup>14</sup>.

Verfolgt man das raumbezogene Schema „Standort Deutschland“, so fällt schon allein in quantitativer Hinsicht eine deutliche Dreiteilung der Konnotationsbeziehungen auf: ca. ein Drittel benutzt das Schema zur Konstatierung innenpolitischen Reformbedarfs, ca. ein weiteres Drittel verstärkt diesen Appell, indem „Deutschland“ als kollektiver Akteur auf der Bühne internationaler Staatenkonkurrenz konstruiert wird und ein weiteres knappes Drittel ist entweder ironisch-distanzierender Art, verneint die Notwendigkeit einer Standort-Debatte oder bleibt in seiner Wertung völlig ambivalent.

Das erste, vor allem die Jahre 1995 bis 1997 dominierende Segment umfasst die Konnotationen des raumbezogenen Schemas mit Begriffen aus dem Umfeld von „mangelnde Flexibilität“, „Erstarrung“, „zuviel Bürokratie“, sowie „Unprofessionalität“ und „Ineffizienz“. Die Beiträge sind heterogen, wenn man aber versucht, so etwas wie einen Grundtenor, ein gemeinsames diskursives Element zu identifizieren, so scheint es das Motiv der drohenden „Besitzverluste“ zu sein, das den Appellen zur Reform unterlegt wird. Vor allem das Mitte der 1990er Jahre am Horizont erscheinende Gespenst des Auseinanderbrechens der Solidargemeinschaft aufgrund überbordender finanzieller Lasten, kann zur Legitimation der geforderten Zurückhaltung bei den Tarifverhandlungen, bei der „notwendigen“ Senkung der Lohnnebenkosten etc. verwendet werden.

Das zweite Segment mit ca. einem weiteren Drittel der Nennungen konstruiert das Schema „Standort Deutschland“ im Rahmen einer Außenbeziehung von Staaten, indem zwischenstaatliche Konkurrenzbeziehungen in den Vordergrund gerückt werden. Die „Standort-Konkurrenz“ ist zwar schon in der Form der raumbezogenen Schematisierung durch die Möglichkeit von *rankings* und *ratings per se* angelegt, tritt aber als Form der Zurechnung von politischen Erfolgen und Legitimation von Handlungsstrategien ab 1997 insgesamt etwas stärker in den Vordergrund. Tatsächlich schwingt die Form der „Standort Deutschland“-Debatte als Krisenrhetorik mit appellativem Charakter an die Innenpolitik schon im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 ab; die an das Schema angeschlossenen Krisensymptome scheinen nun hinreichend thematisiert worden zu sein, auf die die Politik reagieren kann. Zugleich wird aber in dieser Zeit auch auf reflexive Weise eine Umstellung der Semantik eingefordert: „War da nicht etwas mit dem Standort Deutschland?“ – so motiviert GEHRMANN (1998) einen Politikvergleich zwischen den klassisch-keynesianischen Konzepten Oskar Lafontaines und den reformfreudigeren Vertretern der SPD, insbesondere Gerhard Schröder und

<sup>14</sup> Auch die Verwendung des Begriffs der Nation kann auf einen lokalen Bezug im Sinne der Verwendung des *place*-Begriffs bei TAYLOR (1999) verweisen.

Wolfgang Clement, und verlagert mit dem Appell an das Gedächtnis der Öffentlichkeit das raumbezogene Schema bereits in die Vergangenheit. An die Stelle des „Standorts Deutschland“ tritt der „Standort Europa“ (so auch der Titel des Beitrags), d.h. von ihm wird eine Umstellung der Semantik eingefordert, um sozialstrukturelle Veränderungen, insbesondere die ordnungs-, sozial- und steuerpolitischen Aspekte der europäischen Integration, voran zu treiben<sup>15</sup>. In diesem ambivalenten Kontext steht mit dem Motiv „Deutschland steht unter einem globalen Konkurrenzdruck“ auch das SCHRÖDER/BLAIR-Papier, das von KLUTE (1999) als Positionspapier der Sozialdemokratie zur Unterstützung des nationalen politischen Flügels transnationaler Unternehmen kommentiert wird. In der von SCHUMACHER 1999 anlässlich des bevorstehenden EU-Gipfels in Köln und des andauernden Falls des Euros gegenüber dem Dollar getroffene Beobachtung, Deutschland müsse ggf. auch unter Aufbringung von Opfern „zukunfts-fähig“ gemacht werden, kommt die im raumbezogenen Schema angelegte „nationale Kollektivhaftung“ zum Ausdruck. Dabei zeigt sich dann auch die Aufspaltung der Bezugspunkte des raumbezogenen Schemas „Standort Deutschland“: Während konkurrierende Beziehungen auf der ersten Ebene nun stärker zwischen „Europa“, „Euroland“ oder dem „alten Kontinent“ auf der einen Seite und den USA auf der anderen konstatiert werden, bleibt auf der zweiten Ebene eine intra-europäische, nationalstaatliche Konkurrenzbeziehung dominierend. Dabei werden stereotypisierte Formen der Beschreibung anderer Staaten mobilisiert. So rekurren viele Versuche, Deutschland über eine Positionierung in der europäischen Staatenordnung zu charakterisieren, auf das (notorisch) erfolglose Italien – dem Deutschland immer näher zu rücken droht –, auf die Niederlande mit ihrem zum damaligen Zeitpunkt noch als erfolgreich geltenden Konsensmodell („Poldermodell“)<sup>16</sup> sowie auf die rauere, im jeweiligen Zeithorizont aber offensichtlich erfolgreiche und dadurch legitimierte Kapitalismus-Variante Großbritanniens. Auf welche Problemlagen die Möglichkeit bzw. Gefahr des Nicht-Aushaltens des Konkurrenzdrucks zugerechnet wird, ist heterogen: die mangelnde Rationalität in der Standortplanung öffentlicher Einrichtungen,

<sup>15</sup> Dabei prangert er auch den im Standort Deutschland-Denken angelegten nationalen Chauvinismus an, denn – so GEHRMANN – niemand schreit auf, weil Milliarden im Ausland investiert werden, sondern viele freuen sich, dass BMW sich Rolls Royce einverleibt hat.

Vermutlich dem Profil der Zeitung geschuldet ist wohl die Tatsache, dass sub-nationalstaatliche Schemata, wie die Bundesländer, nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung haben. Als „Standorte“ tauchen sie überhaupt nur vereinzelt auf, vorrangige Adressaten von Politik sind sie in der Modellierung der politischen Öffentlichkeit durch DIE ZEIT wohl auch nicht.

<sup>16</sup> Mittlerweile fallen die Bilanzen deutlich kritischer aus und zudem wird nun betont, dass es zu keiner Zeit ein „Modell“ gegeben habe (PERGER 2004, 6).

die Unübersichtlichkeit in den Zuständigkeiten für potenzielle ausländische Direktinvestitionen, das stereotype und negative Außenimage Deutschlands, die im internationalen Vergleich noch immer hohen, aber auch kostenintensiven Sozialstandards, die der Durchsetzung der reinen Marktutopie zum Opfer fallen muss(ten) etc. Die Zurechnung von Erfolgen, Misserfolgen oder noch zu erwartenden Folgen gerade anstehender politischer Entscheidungen<sup>17</sup> liefert vielfach so etwas wie einen Gradmesser des Erfolgs, indem mit Hilfe bestimmter Indikatoren<sup>18</sup> relativ einfache, verräumlichte *rankings* entworfen werden, die die komplexen Fragen der Entscheidungsprozesse vereinfacht auf ein raumbezogenes Schema projizieren. Als Beispiele seien genannt: die flexiblen, lohnnebenkostengünstigen USA oder das „Konsensmodell“ Niederlande.

Die Formel vom Standort Deutschland ist zwar ein journalistisches Mittel der Präsentation von Informationen unter Berücksichtigung der Erwartungshaltung von Lesern, sie taucht aber zugleich auf einer zweiten Ebene als Formel des politischen Tagesgeschäfts auf und wird in ca. 10% der von uns untersuchten Artikel als Teil der Rhetorik der politischen Kommunikation ironisierend aufgegriffen. Die durchlaufende Kommentierung der Politik mit Hilfe der Massenmedien bricht damit zugleich die eigene Verwendungsweise des raumbezogenen Schemas: Während es im Bericht appellative Funktion hat, wird es im Kommentar entlarvt als (strategische) Worthülle zur Durchsetzung partikularer Interessen, die aber als Gesamtinteressen dargestellt werden. Die Verwendung des raumbezogenen Schemas verweist auf eine spezifische, massenmediale Konstitution des Lesers (CULLER 1988): Er ist der unbestimmte Adressat der Kommunikation, von dem aber dennoch vorausgesetzt wird, dass seine Interessen kongruent sind mit Interessen anderer Leser – dass also eine Gefährdung des Standorts Deutschland für ihn eine persönliche Bedeutung hat.

## Fazit

Für das Fazit kommen wir nun zurück auf die eingangs gestellte Frage nach der Bedeutung und Funktion von Ortsreferenzen. Das raumbezogene Schema „Standort Deutschland“ bezeichnet eine Ortsreferenz, einen (territorialisierten) Ausschnitt aus der physisch-materiellen Umwelt, der offensichtlich auf qualitativ unterschiedliche Weise, relational zu den Interessen und Erwartungen der Autoren und Leser Sinn konstituieren kann. Anschlussfähig ist es sowohl im Hinblick auf zweckrationale Handlungsstrategien, die auf Optimierung der Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik zielen,

<sup>17</sup> Tarifverhandlungen 1996, Sozialpaket 1996, Steuerreform, Bundestagswahl 1998.

<sup>18</sup> Neuschaffung von Arbeitsplätzen, Höhe ausländischer Direktinvestitionen etc.

als auch im Hinblick auf individuelle, reale, vermutete, latente oder strategisch platzierte Kompensationsbedürfnisse. Man kann diese Differenz mit zwei konkurrierenden Grundmustern oder Archetypen derartiger ortsreferenzieller Bedeutungszuschreibungen parallelisieren: Mit Hilfe des Begriffs *place* können Ausschnitte der Umwelt als „konkret“, „vertraut“, durch persönliche Erfahrung, kollektive Erinnerung oder Narration bezeichnet werden, sie können eine Verknüpfung der eigenen Biographie mit erinnerten historischen Ereignissen und größeren Gruppen ermöglichen und auf diese Weise gegenüber anderen Orten herausgehoben werden. Diese *place*-Funktion des raumbezogenen Schemas „Standort Deutschland“ konnte über die empirische Untersuchung gezeigt werden. Demgegenüber bezeichnet *space* die Möglichkeit, Raum als abstraktes, gegenüber Erfahrung, Bedeutung und Narration indifferentes Ordnungsschema einzusetzen. Jedes raumbezogene Schema kann dabei sowohl als *place* wie auch als *space* konnotiert sein. Welche Semantik gewählt wird, ist eine Frage der Perspektive und Intention. Jede Situation hat – so TAYLOR (1999) – gewissermaßen das Potenzial, mit beiden räumlichen Konzepten verbunden zu werden und damit sowohl *space* als auch *place* zu sein: „The question of who defines an institution in spatial terms and who sees it as a place opens up a politics of space and place“ (ebd., 12). Die Möglichkeit einzelner und kollektiver Akteure, etwas in Begriffen von *place* oder in Begriffen von *space* zu bezeichnen und damit *places* und *spaces* erst zu schaffen, ist für TAYLOR nicht nur ein zentrales Thema geographischer Forschung, sondern zugleich ein Schlüssel zum Verständnis, wie innerhalb der Moderne „Staat“ und „Nation“ zugleich als *place* und *space* moduliert wurden und diese zu den mächtigsten Produzenten von *space* und *place* wurden. In (territorialen) politischen Strategien kann mithin die kommunikative Konstruktion von *places* als Medium der Identifikation zur Instrumentalisierung von Individuen und Gruppen verwendet werden (vgl. beispielsweise ENTRIKIN 1996)<sup>19</sup>. Es ist nicht verwunderlich, dass aufgrund der Funktion der Massenmedien, Kopplungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen zu realisieren, ausschließlich die *place*-Funktion des raumbezogenen Schemas nachgewiesen werden konnte – funktioniert doch die massenmediale Kommunikation gerade auf der Basis solcher Selektoren, die an die Alltagskommunikation anschließen können. „Betroffenheit“ – in den Medien beispielsweise substituiert durch den Aspekt der räumlichen Nähe – ist derjenige Selektor, der über das raumbezogene Schema „Standort Deutschland“ kommunikativ gefasst wird, indem er auf die imaginierte Gemeinschaft der Nation rekurriert. Aber ebenso denkbar – und in den hier untersuchten Artikel eben-

<sup>19</sup> Mit der Feststellung „*A region is a people's place*“ betonen auch HAUER/HOEVVELD (1993, 17) dieses Moment der Aneignung.

falls eingesetzt – sind Selektoren wie „Konflikt“, „Quantität“ oder „Bezug auf Personen“ (vgl. LUHMANN 1996, 58ff.).

Die subjektive Erfahrung, auf die die Massenmedien rekurrieren, wird durch die Sprache der kollektiven Erzählungen und öffentliche Diskurse und damit vor allem durch die Massenmedien selbst gefiltert, die kontinuierlich relativ (subjekt-)zentrierte und dezentrierte Perspektiven miteinander verschmelzen (vgl. ENTRIKIN 1997, 266)<sup>20</sup>. Damit aber rückt die Frage nach der Rolle von *place* als Objekt politischen Handelns sowie nach den rhetorischen Regeln ihres Gebrauchs in den Vordergrund.

Sprache und allgemeiner: Kommunikation sind ein zentrales Medium der gesellschaftlichen Konstruktion von „Orten“<sup>21</sup>. Hierzu gehört nicht nur, aber entscheidend die massenmediale Kommunikation. „Benennung“ oder wie wir sagen: Verwendung raumbezogener Schemata ist als Macht zu verstehen, mit den meta-



Abb. 3: "Raum" (space) und "Ort" (place) als komplementäre politische Konzepte (nach TAYLOR 1999)

phorischen und symbolischen Möglichkeiten der (Alltags-) Sprache eine neue Entität zu schaffen, vorhandene zu reproduzieren, aber auch andere, vorangegangene oder parallele Geschichten zu negieren oder auszulöschen (vgl. TUAN 1997). Diese kommunikative Konstruktion von „Orten“ durch Massenmedien mittels raumbezogener Schemata ist ein wesentliches Moment moderner Gesellschaften.

<sup>20</sup> Die geographische Untersuchung von *place* muss sich – wie ENTRIKIN (1997, 266) feststellt – nicht auf das Traditionelle, das Besondere und Spezifische im Sinne einer dem Ort und seiner Geschichte inwohnenden und darin zu Tage tretenden Gestalt beschränken, vielmehr verleiht jede einzelne Erfahrung des ‚in der Welt Seins‘ (‚being in the world‘) einem Ort diese Qualitäten.

<sup>21</sup> Damit wird auch die Fixierung zahlreicher Forschungsansätze allein auf die materielle Transformation von Natur kritisiert, soweit sie der Sprache im Vergleich zu materiellen Prozessen und sozioökonomischen Kräften nur eine geringe Bedeutung beimessen.

**Literatur**

- AGNEW, J. 1994: The territorial trap: the geographical assumptions of international relations theory. In: Review of International Political Economy 1, H. 1, S. 53–80.
- AGNEW, J. 1999: Mapping political power beyond state boundaries: territory, identity and movement in world politics. In: Millennium: Journal of International Studies 28, H. 3, S. 499–521.
- ALBROW, M. 1999: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter. Frankfurt am Main. (= Edition Zweite Moderne).
- ANDERSON, B. 1998 [1983]: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Berlin.
- BILLIG, M. 1995: Banal nationalism. Thousand Oaks.
- BLOTEVOGEL, H.H. 1996: Auf dem Weg zu einer ‚Theorie der Regionalität‘. Die Region als Forschungsobjekt in der Geographie. In: BRUNN, G. (Hrsg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde. Baden-Baden, S. 44–68 (= Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen, 1).
- BLÜTHMANN, H., E. MARTENS 1995: „Immer Trendsetter sein“. In: DIE ZEIT, Nr. 23, 2.6.1995.
- BUHL, D. 1995: Deutschland auf der Kriechspur. In: DIE ZEIT, Nr. 49, 1.12.1995
- CASTELLS, M. 2000: The Information Age: Economy, Society and Culture. Volume III: End of Millenium. 2. Aufl. Oxford (UK)/Malden (USA).
- CREUTZBURG, D., T. FISCHERMANN 1996: Ende der Schonzeit. In: DIE ZEIT, Nr. 40, 27.9.1996.
- CULLER, J. 1988: Dekonstruktion. Derrida und die poststrukturalistische Literaturtheorie. Reinbek bei Hamburg.
- DANIELS, A., E. MARTENS 1995: Erneuerung oder Abbau. In: DIE ZEIT, Nr. 40, 29.9.1995.
- DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung 2001: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001. Berlin.
- DODDS, K.-J. 2000: Political Geography II: some thoughts on banality, new wars and the geopolitical tradition. In: Progress in Human Geography 24, H. 1, S. 119–129.
- ENTRIKIN, N. 1996: Place and region 2. In: Progress in Human Geography 20, H. 2, S. 215–221.
- ENTRIKIN, N. 1997: Place and region 3. In: Progress in Human Geography 21, H. 2, S. 263–268.
- EPPELMANN, R. 1996: Zurück an den Tisch. In: DIE ZEIT, Nr. 19, 3.5.1996.
- FRITZ-VANNAHME, J. 1995: Geiz und Ehrgeiz. In: DIE ZEIT, Nr. 29, 14.7.1995.
- GELLNER, E. 1993: Aus den Ruinen des Großen Wettstreits. In: JEISMANN, M./RITTER, H. (Hg.) 1993: Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus. Leipzig, S. 30–44 (= Reclam-Bibliothek, 1466).
- GEHRMANN, W. 1998: Standort Europa. In: DIE ZEIT, Nr. 15, 2.4.1998.
- GEULEN, C. 1998: Die Metamorphose der Identität. Zu „Langlebigkeit“ des Nationalismus. In: ASSMANN, A., H. FRIESE (Hrsg.): Identitäten. Frankfurt a.M., 346–373 (= stw, 1404). (= Erinnerung, Geschichte, Identität, 3).
- GRETSCHMANN, Th. 2001: Traum oder Alptraum? Politikgestaltung im Spannungsfeld von Nationalstaat und Europäischer Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B5/2001, S. 25–32.
- GROSCURTH, H.-M., O. HOHMEYER, K. RENNINGS 1995: Von den Zinsen leben. In: DIE ZEIT, Nr. 46, 10.11.1995.
- GRÜNER, H.P. 1996: Lob der Vermögensteuer. In: DIE ZEIT, Nr. 29, 12.7.1996.

- HARD, G. 1999: Raumfragen. In: MEUSBURGER, P. (Hrsg.) 1999: Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion. Stuttgart, S. 133–162.
- HAUER, J., G. HOEKVELD 1993: Introduction. Why regional Human Geography. In: DIES. (Hrsg.) 1993: Moving Regions. Utrecht, S. 13–24. (= *Nederlandse Geografische Studies*, 161).
- HERZ, W. 1995: Lobby für Lemminge. Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist besser, als viele Kritiker behaupten. In: DIE ZEIT, Nr. 37, 8.9.1995.
- HERZOG, R. 1997: Aufbruch ins 21. Jahrhundert. [http://www.bundespraesident.de/dokumente/Rede/ix\\_15154.htm](http://www.bundespraesident.de/dokumente/Rede/ix_15154.htm). [06.07.2004]
- HOBSBAWM, E., T. RANGER 1993: The invention of tradition. Reprint. Cambridge.
- HOFFMANN, W. 1995: Profit mit Schweinsöhrchen. In: DIE ZEIT, Nr. 39, 22.9.1995.
- HOFMANN, G. 1995: Gesucht: das Kreative. In: DIE ZEIT, Nr. 33, 11.8.1995.
- JENSON, J. 1995: Mapping, naming and remembering: globalization at the end of the twentieth century. In: *Review of International Political Economy* 2, S. 96–116.
- JESSOP, B. 1999a: Globalization and the nation-state (draft). (Department of Sociology, Lancaster) <http://www.comp.lancaster.ac.uk/sociology/soc012rj.html> [07.02.2004]
- JESSOP, B. 1999b: Narrating the Future of the National Economy and the National State: Remarks on Remapping Regulation and Reinventing Governance. In: STEINMETZ, G. 1999: *State/Culture. State-Formation after the Cultural Turn*. Ithaca/London, S. 378–405.
- JOHNSTON, R.J. 1995: The rise and decline of the corporate welfare state. A comparative analysis in global context. In: TAYLOR, P. (Hrsg.) 1995: *Political Geography of the Twentieth Century. A global analysis*. Chichester, u.a., S. 115–165.
- KLUTE, J. 1999: Pragmatismus als Ideologie. In: DIE ZEIT, Nr. 39, 23.9.1999.
- KURBUJWEIT, D. 1996: Der Sozialstaat ist sein Geld wert. In: DIE ZEIT, Nr. 33, 9.8.1996.
- LEIBFRIED, S., E. RIEGER 1996: Fundament des Freihandels. In: DIE ZEIT, Nr. 6, 2.2.1996.
- LUHMANN, N. 1993: Das Erkenntnisprogramm des Konstruktivismus und die unbekannt bleibende Realität. In: ders.: *Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*. 2. Aufl. Opladen, S. 31–58.
- LUHMANN, N. 1995: *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*. Bd. 4. Frankfurt am Main.
- LUHMANN, N. 1996: *Die Realität der Massenmedien*. 2. Aufl. Opladen.
- LUHMANN, N. 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main.
- LUHMANN, N. 1998: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. 3. Aufl. Frankfurt am Main.
- LUHMANN, N. 2000: *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt am Main.
- MARTENS, E. 1996: Und sie bewegen sich doch. In: DIE ZEIT, Nr. 15, 5.4.1996.
- MIGGELBRINK, J. 2002: Der gezähmte Blick. Zum Wandel des Diskurses über „Raum“ und „Region“ in humangeographischen Forschungsansätzen des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Leipzig (= Beiträge zur Regionalen Geographie, 55).
- NOË, C. 1995a: Was heißt den Stabilitätskultur? Währungsunion: Das Problem ist nicht nur die Inflation, sondern auch die Arbeitslosigkeit. In: DIE ZEIT, Nr. 29, 14.7.1995.
- NOË, C. 1995b: Standort Babylon. In: DIE ZEIT, Nr. 47, 17.11.1995.
- o.N. 1996: Globus. In: DIE ZEIT, Nr. 6, 2.2.1996.
- Ó TUATHAIL, G., J. AGNEW 1992: Geopolitics and discourse. Practical geopolitical reasoning in american foreign policy. In: *Political Geography* 11, H. 2, S. 190–204.
- PAASI, A. 1989: The media as creator of local and regional culture. In: *NordRefo* 1989, S. 151–161.
- PAASI, A. 1998: Boundaries as Social Processes. Territoriality in the World of Flows. In: *Geopolitics* 3, H. 1, S. 69–88.
- PAASI, A. 1999: Nationalizing everyday life. Individual and collective identities as practice and dicourse. In: *Geography Research Forum* 19, S. 4–21.

- PERGER, W.A. 2004: Ausgepoldert. Lange galten die Niederlande als vorbildliches Reformland. Nun liegt das vielgelobte Modell in Trümmern. In: DIE ZEIT, Nr. 28, 1.7.2004, S. 6.
- PINZLER, P. 1995: Boom aus dem Reagenzglas. In: DIE ZEIT, Nr. 13, 24.3.1995.
- PIPER, N. 1995: Standort Deutschland – im Streik? In: DIE ZEIT, Nr. 8, 17.2.1995.
- PIPER, N. 1996: Angstfaktor Weltmarkt. In: DIE ZEIT, Nr. 15, 5.4.1996.
- POSTMAN, N. 1985: Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie. Frankfurt am Main.
- REDEPENNING, M. 2004: Raumbezogene Semantik und Systemtheorie. Schritte (zu) einer anderen Lesart am Beispiel der *critical geopolitics*. Dissertation Leipzig. Unver. Mskr.
- REICH, R. 1991: The Work of Nations. Preparing ourselves for 21<sup>st</sup> Century Capitalism. New York 1991.
- RENAN, E. 1993 [1882]: Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne am 11.03.1882. In: JEISMANN, M., H. RITTER (Hrsg.) 1993: Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus. Leipzig, S. 290–311 (= Reclam-Bibliothek, 1466).
- ROBINS, K. 1995: The New Spaces of Global Media. In: JOHNSTON, R.J., P. TAYLOR, M. WATTS (Hrsg.) 1995: Geographies of Global Change. Remapping the World in the Late Twentieth Century. Oxford, Cambridge, S. 248–262.
- SALLY, R. 2000: Staaten sind gefordert. In: DIE ZEIT, Nr. 30, 20.07.2000, S. 22.
- SCHAUB, G. 1998: Reform macht angst. In: DIE ZEIT, Nr. 32, 30.8.1998.
- SCHNABEL, U. 1995: Heilige Neugier. In: DIE ZEIT, Nr. 49, 1.12.1995.
- SCHUMACHER, O. 1999: Der Fall des Euro. In: DIE ZEIT, Nr. 23, 2.6.1999.
- SHM 1996: Schmachvoll. In: DIE ZEIT, Nr. 37, 6.9.1996.
- SIMONIS, H. 1995: „Keine Angst vor Ökosteuern“. In: DIE ZEIT, Nr. 41, 6.10.1995.
- SPANGENBERG, P.M. 1996: Komplexitätsebenen moderner Öffentlichkeit. In: MARESCHI, R. (Hrsg.) 1996: Medien und Öffentlichkeit. Positionierungen, Symptome, Simulationsbrüche. o.O.
- STICHWEH, R. 2001: Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt a.M.
- TAYLOR, P. 1999: Places, spaces and Macy's. Place-space tensions in the political geography of modernities. In: Progress in Human Geography 23, H. 1, S. 7–26.
- TUAN, Y.F. 1997 [1977]: Space and place. 7. Aufl. Minneapolis.
- WARK, M. 1994: Virtual geography. Living with global media events. Bloomington, Indianapolis.
- WEIDENFELD, W., K.-R. KORTE 1996: Nation und Nationalbewußtsein. In: DIES. (Hrsg.) 1996: Handbuch zur deutschen Einheit. Aktualisierte Neuauflage Bonn, S. 494–500. (Bundeszentrale für politische Bildung).
- WERLEN, B. 1997a: Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Bd. 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung. Stuttgart. (= Erdkundliches Wissen, 119).
- WERLEN, B. 1997b: „Regionalismus“ in Wissenschaft und Alltag. In: SCHULTZ, H.D., U. EISEL (Hrsg.): Geographisches Denken. Kassel, S. 283–310 (= urbs et regio, 65).
- WERNICKE, C. 1995: Die Dritte Welt rückt näher. In: DIE ZEIT, Nr. 31, 26.7.1996.
- WILLKE, H. 1996: Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- WILLKE, H. 1997: Supervision des Staates. Frankfurt am Main.
- WILLKE, H. 1998: Laterale Weltsysteme (draft). (Universität Bielefeld). <http://www.uni-bielefeld.de/pet/latsys.html>. [13.04.2004].
- WILLKE, H. 2001: Atopia. Studien zur atopischen Gesellschaft. Frankfurt am Main.